

# Volks-Zeitung

## „Matt und stimmunglos.“

Die „St. Corv.“, das offizielle Organ der Fortschrittlichen Volkspartei, schreibt:

Wenige Tage nur trennen uns noch von den Neuwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus. Man müßte meinen, daß eine tiefergehende Erregung sich der Bevölkerung bemächtigt hätte, daß die Flugblätter über das ganze Land hin angestreut würden, daß die Versammlungen mit lebhaften Debatten einander folgten und daß sich über die Zeitungen ergöbe.

Aber nur ein leises Wühlkäselein ist es, das vor vernünftigen, keine große Erregung, kein Aufbegehren zu den Versammlungen, keine Fülle von Leitartikeln, Eingeladenes und Entschlossenen in den Zeitungen, keinerlei geistige Kämpfe vor den Wählermassen die Wahlkampagne dahin, und es würde wie ein guter Scherz, als man sich in irgendeiner Stadt der Bürgermeister als Polizeichef einer Umzug der Gewerkschaften oder der Sozialdemokratie mit der Motivierung verbot, daß jetzt in der Zeit der Landtagswahlen die Gemüter außerordentlich erregt seien.

Die Parteien tun natürlich ihre Pflicht und geben sich die redliche Mühe, die Wahlbewegung so fröhlich zu beleben, wie es ihnen nur irgend gelingen kann. Die reglementsmäßigen Versammlungen werden abgehalten, die nötigen Flugblätter verteilt, die Wahlmänner aufgestellt und die Beeinflussung von Mann zu Mann wird natürlich eifrig betrieben. Aber es ist kein Scherz in der Absicht, die Wahlkämpfe ist überall auf die zweite oder gar auf die dritte Schnelligkeit eingestellt. Auch bei der Sozialdemokratie ist von einem lebhafteren Treiben keine Rede. Daß die Konventionen an sich die Neigung haben, von den Landtagswahlen so wenig wie möglich herzumachen, erklärt sich ganz von selbst aus ihrem eigenen Charakter. Sie mit der Wahl verbunden werden soll, um so besser ist es für die konservative Sache. Eine Wahlbeteiligung von fünf bis höchstens zehn Prozent — das ist das Ideal der konservativen Parteien, die um so größere Geflüchte machen, je weniger sich die Bevölkerung um die Wahlen kümmert.

Die preussischen Verfassungskonventionen sind ja auch von vornherein darauf angelegt, ein intensiveres Interesse an dem Wahlergebnis zu unterbinden. Sie mit der Wahl verbunden werden sollen, um so besser ist es für die konservative Sache. Eine Wahlbeteiligung von fünf bis höchstens zehn Prozent — das ist das Ideal der konservativen Parteien, die um so größere Geflüchte machen, je weniger sich die Bevölkerung um die Wahlen kümmert.

Die unendlichen Schmeicheleien bei dem jetzigen System, namentlich auch die Tatsache, daß die in den einzelnen Wahlbezirken und Abteilungen vorhandenen Minderheiten vollständig unter den Tisch fallen und für das Gesamtergebnis absolut nicht in Betracht kommen, müssen notwendig einen lähmenden Einfluß auf die Wahlteilnahme ausüben. Darunter leidet in erster Linie der Liberalismus, und in den Städten scheuen sich Gewerbetreibende und Handwerker sehr häufig, auch nur zur Wahl zu gehen, geschweige denn, daß sie ein Wahlmandat übernehmen wollen. Hier ist es die Angst vor dem Verlust der Sozialdemokratie, der die bürgerlichen Elemente abhält, sich ihres Wahlrechts zu bedienen.

Ein französisches Wahlgesetz, das die Wähler mit Furcht und Schrecken erfüllt und sie zum erheblichen Teil zur Chuzmaß verdammt! Nur ganz große Mittel wären infolgedessen, eine Veränderung in der Stimmung der Wählerkreise gegenüber diesem Wahlverfahren herbeizuführen. Aber solche Mittel sind nicht da, es ist hier ein trüber Areskauf. Weil die Wähler auf eine Befreiung unterer politischer Zustände bei diesem Wahlverfahren so wenig sich darum werden eine große Geduld mit flüchtig gemacht, und weil eine Wahlrechtsreform mit solchen impliziten Mitteln nicht getrieben werden kann, darum bleiben die alten politischen Verhältnisse bestehen. Der alte Zustand, das ein erheblicher Teil der Abgeordneten zum Landtage ohne jeden Gegenkandidaten gewählt wird, dürfte bei den diesjährigen Wahlen noch in starkem Maße geltend werden. Ein eigentlicher Wahlkampf findet nur in einigen ruhenden Kreisen statt, überall sonst herrscht die Ruhe des politischen Schlafes.

Erst wenn das preussische Volk aus sich selbst heraus den Willen gewinnt, die konterwärtige Zwingerherrenschaft abzuerkennen, sollte es, wie es sollte, erst dann wird auch der nötige Glanz, werden auch die erforderlichen großen finanziellen Mittel vorhanden sein; das geduldige preussische Volk bedarf eines großen Waks, eines gewaltigen äußeren Aufstoßes, um aus seiner tieferen Unbewusstheit zu erwachen, und es über 1813 zur Niederbringung des Fremdlinges in unserm Lande verhoffen hat.

Am Tag liegt die Gleichgültigkeit der Wählermassen auch an den wenig glücklichen Auswahlen der Kandidaten, die nicht vermögen, die Wähler mit sich fortzureißen und zu einer höheren Auffassung der politischen Pflichten zu begeistern. Ein unerquickliches Kapitel, das mit dem Parteikonventionen untrennbar verbunden ist.

**Der Internationale Landwirtschaftscongrès.** Aus Rom wird uns telegraphisch berichtet: Die statistische Kommission der Versammlung des Internationalen Instituts für Landwirtschaft hat den Bericht über die landwirtschaftliche Statistik geprüft. Die Kommission forderte die Regierungen auf, alle nur möglichen Anstrengungen zu machen, dem Institut den statistischen Dienst zu erleichtern. Sie sprach den Wunsch aus, daß jeden Jahre für jedes Produkt die weiter anzunehmenden Verbesserungen mitgeteilt würden, und ferner, daß das internationale, von dem Institut heraus-

## Kurze Chronik.

Zum Bischof von Münster ist Kapitularvikar Johannes Poggenburg gewählt worden.

Der König von Spanien ist um 10 Uhr 19 Minuten in Paris auf dem Bahnhof Bois de Boulogne eingetroffen, wo er vom Präsidenten Poincaré und den Mitgliedern der Regierung empfangen wurde.

In Ottawa fand gestern eine Parteiverammlung der liberalen Abgeordneten und Senatoren statt. Es wurde beschlossen, den Widerstand gegen die Flottenvorlage der Regierung rücksichtslos fortzusetzen.

gegebene statistische Jahrbuch noch umfangreicher und vollständiger gestaltet werde. Am Schluss der Sitzung sollte die Kommission Müller lebhaften Beifall.

## Das Frauenwahlrecht in England abgelehnt.

(Telegraphischer Bericht.)

London, 6. Mai.

Das Unterhaus hat die Frauenwahlrechtsbill mit 266 gegen 219 Stimmen abgelehnt.

## Das französische Luftverkehrsgezet.

(Telegraphische Berichte.)

Paris, 7. Mai.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten erklärte einem Berichtserfasser, daß der von ihm angelegte Gesetzentwurf zur Regelung des Luftverkehrs den Zweck habe, für die Sicherheit der Luftschiffe und des Luftverkehrs zu sorgen. Privatgeheimnisse zu schützen und die Bedingungen des Verkehrs und der Landung festzusetzen. Das Gesetz sei sehr liberal; so verbiete es keineswegs grundsätzlich den Flug über Städte und größere Ortschaften. Man werde vielleicht später eine Mindesthöhe für die Flüge anordnen müssen. Um allgemeinen beabsichtige die geplante Vorlage die Luftfahrzeuge ungefahr so, wie gegenwärtig die Automobile behandelt werden. Die von einem deutschen Rechtsgelehrten erhobene Forderung, daß die Luftfahrzeuge gewissermaßen den Schiffen gleichgestellt werden, sei seiner Ansicht nach unberechtigt. Seine Grenzen überschreite. Die Behandlung der aus dem Ausland kommenden Luftfahrzeuge werde vorläufig auf dem Verwaltungsweg geregelt werden. Die Regierung werde sich für die volle Freiheit für die Verhandlungen mahnen, die über diesen Gegenstand unter den Mächten geführt werden würden. Schließlich erwähnte der Minister, daß es gegenwärtig in Frankreich bereits über 1800 Flugzeuge gebe.

## Die Sperrung des Aermelkanals.

Paris, 7. Mai.

Offiziös wird gemeldet, daß der Marineminister die Torpedobootsflottille von Orient nach Danzig und die Interseeboote von Rostock nach Herborn verlegt. Diese Maßnahme wird teils mit dem Anlegen der erforderlichen Kanäle, teils mit der Notwendigkeit begründet, alle verfügbaren Fahrzeuge für die Sperrung des Aermelkanals zu verwenden.

## Gegen die Kriegshezer.

(Telegraphischer Bericht.)

Frankfurt a. M., 7. Mai.

Der Zentralvorstand des Verbandes für internationale Verständigung hat folgende Resolution beschlossen: Die Gesetzgebung, die von der deutschen Militärverwaltung lediglich zur Sicherung gegen künftige Eventualitäten in Vorschlag gebracht worden ist, hat die von der Reichsregierung gewiß nicht beabsichtigte Nebenwirkung gehabt, daß man im Auslande vielfach glaubt, Deutschland plane einen Angriffskrieg. Dadurch ist der Chauvinismus in verschiedenen Ländern wieder neu aufgefakelt, und die Wölker sind wieder in Verlegenheit vor einem Weltkrieg. In Wirklichkeit liegt die von der deutschen Militärverwaltung ferretete Grund vor. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk haben durch eine jahrzehntelange Friedenspolitik den deutschen Beweis geliefert, daß sie keinen Krieg wollen. Und das Zusammenarbeiten der sechs Großmächte in der Balkanfrage hat die Beziehungen zwischen ihnen im ganzen verbessert. Die Tendenz der europäischen Politik ist heute nicht auf Entfackung eines Weltkrieges, sondern im Gegenteil auf eine Herbeiführung der gegenseitigen Freundschaft und Freundschaft gerichtet. Eine Kriegsgefahr droht also weder von den Regierungen, noch von den Völkern, sondern lediglich von chauvinistischen Hezern in den verschiedenen Ländern. Bei dieser Sachlage kann man den deutschen Völkern nur raten, ruhiges Blut zu bewahren und den Kriegshezern kein Gehör zu schenken.

**Die diesjährige Hauptversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung** findet am Sonntag, 7. Sonntag, 8. und Montag, 9. Juni d. J. in Leipzig statt. Der Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft im Jahre 1912 erstattet der Vorsitzende Heinrich Brüggemann, Carolath. Die Vorträge und Verhandlungen der Gesellschaft betreffen nämlich die Pflege des geschichtlichen Denkens im Volke. Von den einzelnen Vorträgen und Referaten über diese wichtige und zeitgemäße Bildungsfrage haben wir folgende hervor: 1. Das Jahr 1813 und das deutsche Volk von heute. Universitätsprofessor Dr. Franzenburg, Leipzig. 2. Das patriotische Drama auf der Bühne. Universitätsprofessor Dr. Hoffmann, Leipzig. 3. Geschichtliche Vorträge. Dr. Viktor Bohmner, Cronenburger. 4. Geschichte im Unterricht. Karl Schulz, Leiter der Ausfallstelle für oberdeutsche Volkserhaltung, Eppeln. 5. Geschichtliche Filme. Professor Dr. Karl Brunner, Charlottenburg. Mit Vorführung historischer Filme

in einem Kinematographentheater.) 6. Das Volksglied als Träger geschichtlicher Erinnerungen. Johannes Welden. Leiter der Meuse-Berliner Kammermusikvereins, Berlin. 7. Flieger und Luftkrieg geschichtlicher Erinnerungen. 8. Die Heimatkunde als geschichtlicher Aufwachungsunterricht (dargestellt an dem Beispiel von Belgien). 9. Die literarische Erziehung der deutschen Jugend — ein Bemerkenswertes aus großer Zeit. Gehheimer Hofrat Professor Ramm, Bonn. — Anmeldebüro: an der Versammlung sind zu richten an Herrn Oberlehrer Hinf, Leipzig-Gitterstr. 41, I. oder an die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, Berlin NW. 62, Rübenerger Straße 21, I.

## Ein neuer Unfall in der Marine.

Ein Kapitänleutnant und zwei Matrosen ertrunken.

Ein offizielles Telegramm meldet:

Gestern Abend kenterte bei Hornum das Seeboot des Torpedoboots „G 89“. Die darin befindlichen Personen, der Kommandant Kapitänleutnant v. Jastrow mit den Torpedobermatrosen Pörsch und Gehardt, sind ertrunken. Die Leichen sind noch nicht geborgen.

Kapitänleutnant v. Jastrow war der Kommandant des Torpedoboots „S 178“, das am 6. März d. J. bei Helgoland von dem Panzerkreuzer „Pörsch“ überholt wurde und unterging, wobei der größte Teil der Besatzung, 70 Mann, ertrank. Der Kapitänleutnant v. Jastrow war damals beurlaubt und entging so dem Tode in den Wellen, der ihn nun wenige Wochen nach der damaligen Katastrophe doch ereilt hat. Hornum ist der südliche Teil der Insel Selt.

## Bombenfunde in London.

(Telegraphische Berichte.)

London, 7. Mai.

In der Nachbarschaft der St. Paulskathedrale und in dem Bureau der Zeitung „Daily News“ wurden heute vormittag Bomben entdeckt. Ferner ist ein Geiseldespotillon durch Feuer zerstört worden. Man fürchtet die Schuld den Anhängern des Frauenstimmrechts zu.

London, 7. Mai.

Auch in der St. Paulskathedrale selbst, und zwar unter dem Stuhle des Bischofs, wurde heute früh eine Bombe gefunden. Sie wurde sofort in Wasser getaucht und dann der Polizei übergeben.

## Der römische Baukandal.

(Telegraphischer Bericht.)

Rom, 6. Mai.

In der Kammer fand heute vor stark besetztem Hause und bieder gefüllten Tribünen die Debatte über den Bericht der Untersuchungskommission betreffend den Bau des Justizpalastes statt. Das Wort nahmen die von der Kommission geladenen Abgeordneten Riccardi, Lugatto, Boggi und Albignone, die die gegen die vorgeschlagenen Bauarbeiten auszuführend, unterlegten. Boggi und Albignone wurden mit Beifall ausgehört und von ihren Kollegen beglückwünscht. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

## Das glückliche Argentinien.

(Telegraphischer Bericht.)

Buenos Aires, 7. Mai.

Die Parlamentsession ist durch eine Resolution des Präsidenten eröffnet worden, welche darauf hinweist, daß Argentinien sich vollen Friedens erfreue, daß die Rechte eines höheren Aussehens erreicht habe als jemals, daß der Handel aufblühe und die Einkommensverhältnisse des Jahres 1912 die besten früherer Jahre übertrafen, daß Gold ins Land komme, und daß die auswärtigen Beziehungen vorzügliche seien. Sie zeigt die zufriedenstellenden Ergebnisse der Wahlreform, die den Sieg der radikalen Partei gefolgt habe, und erklärt Beunruhigungen über Erfolge der argentinischen Sozialisten für unnötig, da diese nicht revolutionär gekannt seien. Die Regierung werde weiter strenge Neutralitätspolitik bewahren und keine Partei unterstützen.

Argentinien werde mit dem Bürgerrecht für Fremde nicht verwehrt werden, aber jeden guten Bürger aufnehmen, wenn auch die einheimische Bevölkerung niemals in die Minderheit gedrängt werden dürfe. Die Staatseinnahmen hätten 405 237 000 Papierpesos, die Ausgaben 402 838 000 betragen. Die Staatseinnahmen während des ersten Vierteljahres 1913 hätten diejenigen des gleichen Zeitraumes 1912 um 16 Millionen überstiegen. Die innere konsolidierte Schuld wäre von 526 409 000 im Jahre 1911 auf 530 891 000 im Jahre 1912, die auswärtige konsolidierte Schuld von 690 272 000 auf 677 250 000 Pesos zurückgegangen. Die Einbuße 1912 mit 384 855 000 um mehr als 18 Millionen, die Ausfuhr mit 480 891 000 um 155 Millionen höher gewesen als im Vorjahre. Die Befände der Konventionen wären jetzt auf 292 Millionen Goldpesos angewachsen. Der Merkon führte jetzt die Konventionen hatten um eine Million Dollar zugenommen, die Ernte 1912 18 Millionen Tonnen betragen. 1820 Kilometer Eisenbahnen seien erbaut worden; das ganze Netz habe jetzt 32 624 Kilometer; ferner seien 1730 Kilometer Telegraphenlinien neu erbaut.

## Die Kolonialanleihen.

(Telegraphischer Bericht.)

London, 7. Mai.

In der gestrigen Sitzung des Internationalen Kolonialkongresses wurde die Frage der Kolonialanleihen behandelt. Das Referat hatte der frühere holländische Kolonialminister Vreda. Er vertrat den Standpunkt, daß jeder Kolonie die politische Verantwortlichkeit verliehen werden sollte und sprach sich dagegen aus, daß das Mutterland eine Garantie für Kolonialanleihen übernehme.

Wohl aber sei jedesmal die Anleihe durch die heimische Regierung zu genehmigen. In der Diskussion erklärte der frühere Staatssekretär Dernburg, daß eine allgemeine Regel nicht aufgestellt werden könne und entwickelte die Grundzüge des deutschen Kolonialanleihegesetzes. Generalkonferenz Dr. Admire Berlin betonte, daß wichtiger als alle juristischen Konstruktiven eine wirtschaftliche Berechnung des heimischen Geldmarktes für Kolonialanleihen sei. Beispielsweise habe der Londoner Markt, der das Mutterland eine Garantie gestellt hätte, für Kanada, die australischen Kolonien und Neu-Seeland mehr als 6 1/2 Milliarden Anleihen aufgenommen, und zwar ausnahmslos zu einem Zinssfuß von 3 und 4 Prozent, während der ursprüngliche Zinssfuß oft doppelt so hoch sei. In dieser Richtung müßte jede vorwärtsstrebende fortschreitende Nation sich ökonomisch betätigen. In der Debatte sprachen unter anderem Professor Rathgen-Hamburg, der frühere portugiesische Minister Graf Benab-Garcia, der französische Kolonialpolitiker Ghailly und Sir Hubert Jenningsham.

## Der Verband der Krankpfleger.

Der IV. Delegiertenkongress des Deutschen Verbandes der Krankpflegerinnen und -Pflegerinnen in Leipzig vom 1. bis 5. Mai in Nürnberg unter Aufsicht zahlreicher Beteiligung statt. Vertreter waren erschienen aus einem großen Kreise von Vereinen und Verbänden des Reiches. Auch das Reichsamt und die Provinzialverwaltungen hatten Vertreter entsandt. An den Verhandlungen beteiligten sich neben mehreren Arbeitervertretern der Reichstagsabgeordnete Schwarz (Schweinfurt), der Kandidat von Oberbayern, Frau (München) und andere. Von mehreren Abgeordneten und Sozialpolitikern, ferner von ausländischen Arbeiterorganisationen waren telegraphische Grüße eingelaufen. Der Verbandstag wurde geleitet von dem ersten Verbandsvorsitzenden Georg Streiter-Berlin, und dem württembergischen Landesvorsitzenden Dr. Walter-Bismund. Nach mehreren Begrüßungsansprachen eröfnete der erste Vorsitzende Streiter in mehrstündiger Referat den Geschäftsbericht über die letzten zwei Verbandsjahre.

Der Verbandsbericht stellte fest, daß die Mitgliederzahl in zwei Jahren von 1400 auf 1800 gestiegen ist. Auch das Verbandsvermögen vermehrte sich durch den Verkauf von Immobilien. Die Verbandszeitung mußte vergrößert werden. Die Stellenvermittlung ist für diesen Beruf schwer zu tätigen, es konnten aber trotzdem 1630 Stellen durch die Mitglieder besetzt werden. Besetzt wurde die Stellennachfrage auf dem Gebiete des Nachweises. Mehrere hundert Vermittlungsstellen gibt es. Der Nachweis des Verbandes sollte mehr von dem Publikum und den Anstalten beachtet werden. (Abreise: Krankpflegerinnen Berlin 1855.) Eine Reihe von Anträgen zu den Geschäftsberichten fand nach einer lebhaften Aussprache Annahme (Erklärung der Hauptstelle, Vereinsteilung der Agitation usw.). Eine Resolution, die die etwa 50 verschiedenen Berufsorganisationen des Pflegepersonals in einheitlichen Handeln unter Leitung des Deutschen Verbandes aufzufordern, fand Annahme.

Zur mit Spannung erwartete Vortrag des Reichstagsabgeordneten Schwarz (Schweinfurt) spielte in der Forderung, daß für das Pflegepersonal

### ein Mindestlohn festgesetzt

erlassen werden möchte. Diese Forderung ist auch in den letzten Reichstagsverhandlungen von den verschiedensten Seiten erhoben worden. Sie in dem Gesetz zu berücksichtigen Einzelpunkte wurden unter genauer Begründung erörtert. Der Krankpflegerbericht soll sein Aufgabengebiet erweitern, ferner ein befriedigender Lebensberuf werden.

Das ist der Kernpunkt der ganzen Verbandsarbeit, die in den zehn Jahren des Bestehens des Verbandes bisher stets von reichen Erfolgen begleitet war.

Zur Vorstand und die Kontrollkommission wurden einstimmig wiedergewählt. Der nächste Verbandsstag findet 1915 in Westdeutland statt.

Dem Verbandsstag ging eine ebenfalls stark besuchte Konferenz der hiesigen Krankpflegerinnen voraus. Von Anwesenden war eine Konferenz in Württemberg in Stuttgart mit dem Hauptortspartei des Verbands Dr. Streiter-Berlin über: „Gewerkschaftliche Wege im Krankpflegerberuf“.

Ein Denkmahl für Schiaparelli. Unter dem Vorhitz des Königs von Italien hat sich ein Auschuß von hervorragenden Vertretern der Wissenschaft gebildet, um die Mittel für ein würdiges Denkmahl des berühmten italienischen Astronomen Giovanni Schiaparelli zu beschaffen. Das unerlöste Verdienst des im Jahre 1910 verstorbenen Astronomen beruht hauptsächlich in seinen Untersuchungen über die Erscheinungen des Eisenkometen aus der Festsicherung von Kometen, auch in der Entdeckung der Doppelsterne. Seine Denkmahl erwarb er sich allerdings vorzugsweise durch seine Beobachtungen des Mars, wo er es doch nach ihm benannte Kanalflecken entdeckte und deutete. Diese Leistung wird jedoch in Zukunft nicht als die wichtigste dieses Gelehrten gefeiert werden, da jetzt die Ansicht der meisten wissenschaftlichen Astronomen dahingehet, daß die Kanäle und vor allem ihre scheinbare Verengung auf eine Augen Täuschung zurückzuführen sind. Immerhin haben die Italiener allen Anlaß, diesen Landsmann auch über seinen Tod hinaus zu ehren. Neulich ist dies demnächst geschehen, daß ihm in seinem Geburtsort Savignone, einem kleinen Städtchen im westlichen Piemont an der Maira,

## Feuilleton

### Der frankfurter Sängerkrieg.

Ein Telegramm aus Frankfurt a. M. 7. Mai, meldet uns: Im Mittelpunkt der Männergesangsvereine lang heute vormittag von 10 Uhr ab die dritte Gruppe. Das Publikum war verflärt durch Zulaufe von Kindern aus den verschiedenen Klassen der frankfurter Anstalten und Mädchenpflanzschulen. Der Kaiser traf bei noch immer anwachsendem Regenwetter im Automobil gegen 10 Uhr ein. Auch Prinz und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen waren erschienen. Als der Kaiser in der Hofloge sichtbar wurde, erkamte ihm aus den Reihen der Jugend ein dreifaches Hurra, worauf die Kinder „Sei Dir im Siegerkranz“ antworteten, welches alle Sängere und die Zuhörerchorstimmten. Um 11 Uhr trafen auch der Großherzog und die Großherzogin von Hessen bei der Hofkassa ein und nahmen in der Hofloge Platz.

Der für heute angemeldete Männergesangsverein Eisenfrüher hat nicht gelangen. Der Kaiser verweilte bis zum Schluß der Vornachtsbeiträge und unterließ sich mit dem Reichspräsidenten. Erneuerung der Berliner Museen. Aus dem zweiten Jahrestausch der vorerwähnten Zeit hat die Vorderasiatische Abteilung der Berliner Museen jetzt ein Bronzefundament der Hehthier erworben, das an Bedeutung auf diesem Gebiete ganz einzig dasteht. Die kleine, in Schriftstellung bewegte Figur, die ursprünglich mit Goldblech überzogen war, stammt aus der Höhe von Babylon von der fünften Hälfte. Zahl den ägyptischen von Dr. James Smith an gelang die Erwerbung für Berlin. Das Bild steht in naher Beziehung zu der besten und bedeutendsten Skulptur, die aus dem alten Ägypten auf uns gekommen ist, die das Tot von Boghafosi, der Medusen der Großplastik des Hehthierreichs in der zweiten Hälfte des zweiten vorchristlichen Jahrestauschens schmückte. Dieses Torrelief, das bei den deutschen Ausgrabungen dort zutage kam, das aber schwerlich für Berlin wird gewonnen werden können, entspricht in der Darstellung der Berliner Erneuerung recht sehr. Prof. Dr. W. in dem Torrelief eine Königsdarstellung. Doch weiß jetzt Dr. W. über in den Antiquarischen Berichten darauf hin, daß

ein Denkmahl errichtet wird. Außerdem soll im Prerapalast zu Palmland, wo er seine Beobachtungen ausführte und seine Arbeiten veröffentlichte, eine Ehrenstatue mit dem Bildnis Schiaparellis angebracht werden.

## Aus dem Gewerbegericht

### Zur Sonntagsgarbit ist der Arbeiter nicht verpflichtet.

Der Industrieller E. Kluge gegen den Inhaber der Firma Haupt auf Zahlung eines Besoldungsbetrages in Höhe von 25 Mark, weil er ohne berechtigten Grund folgend entlassen worden sei, obwohl er mit seinem Arbeitgeber adäquate Kündigungsschritt vereinbart hatte.

Der Beklagte beantragte Abweisung der Klage, denn die sofortige Entlassung sei zu Recht erfolgt. Er habe der Klage schon beim Engagement verpflichtet, an jedem Sonn- und Feiertage zwei Stunden im Geschäft tätig zu sein; freigelegt sei dem Kläger gewesen, ob er vorzeitig, oder nachmittags arbeiten wolle. Der Kläger habe diese Verpflichtung nicht anerkannt und sei für, ebenso wie die anderen Angestellten, ein volles Jahr hindurch nachgekommen. Am Karfreitag sei er jedoch, obwohl ausdrücklich zur Arbeit aufgefordert, nicht im Geschäft erschienen; er sei also ungehoriam gewesen, und deshalb sei in seinem Entlassung Tage gar nicht zur Arbeit zugelassen worden.

Der Kläger wolle ein, daß er acht Tage krank gewesen und sich am Tage vor Karfreitag wieder gesund gemeldet habe. Daß er die durch Krankheit verursachte gesamte Arbeit nun gerade an einem hohen Feiertage wieder aufnehmen solle, habe er für durch nichts gerechtfertigt gehalten; auch habe es Bedürfnis gehabt, an diesem hohen Feiertage den Gottesdienst zu besuchen und dies auch getan. Der Vorliegende des Gerichts riet zu einer Einigung durch Vergleich, was aber der Beklagte ablehnte. Er verlangte, daß der Kläger, wenn er solche Leistungen nicht durchgehen lassen, das würde nur zur Folge haben, daß auch seine übrigen Angestellten ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen würden; er fordere also Abweisung der Klage.

Im 10. mehr war er dann aber überdrüssig, als nach längerer Beratung des Gerichts der Vorliegende folgendes Urteil verkündete:

„Der Kläger wird verurteilt, an den Kläger 25 Mark zu zahlen, die sofort vollstreckbar und nicht berungsfähig. Das Urteil stellt sich auf die Bestimmungen des § 106a der Gewerbeordnung: „Zum Arbeiten an Sonn- und Feiertagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter und Lehrlinge anrufen, wenn die Arbeit wegen der Beschaffenheit der Beschäftigung nicht erfüllt zu werden; der Arbeitgeber kann sich für seine Rechte für sich herleiten.“

Arbeiten, welche nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung auch an Sonn- und Feiertagen vorgenommen werden dürfen, sind in den §§ 106b ff. festgesetzt aufgeführt, das Jahrestätigkeitsverzeichnis gibt dazu aber nicht.

### Vertragsbruch.

Um sich dem Arbeiter gegenüber schadlos zu halten für den Fall, daß er ohne berechtigten Grund das Arbeitsverhältnis vorzeitig auflöst oder auch die ihm übertragene Stellung nicht antritt, schließen die Arbeitgeber bisweilen besondere Verträge mit ihren Arbeitern ab. Solche Verträge sind jedoch nicht an sich unzulässig, wenn sie namentlich nicht sich um Saisonarbeit handelt, denn während der Saison sind Arbeitskräfte schwer zu bekommen.

Die hiesige Firma hatte die Beklagte, Frau A., vertraglich verpflichtet, während der Zeit von November 1913 bis Ende April 1914 für sie als Putzfrau gegen Entlohnung tätig zu sein. Die Beklagte stellte aber bereits am 26. März ihre Zusage ein, weil ihr der Entlohnung für eine neue Putzfrau nicht genüge; sie wollte 5 Pfennig mehr als die Beklagte zahlen lassen. Die Firma verlangte wegen Vertragsbruchs und forderte Erstattung des ihr durch vorzeitige Auflösung des Arbeitsverhältnisses entstandenen Schadens, den sie auf über 250 Mark oder 770 Mark für 41 verlorene Stunden berechnete.

Die Beklagte wollte dagegen ein, daß sie bei dem ihr gebotenen Stückpreis den bisher erzielten Durchschnittslohn nicht hätte erreichen können und infolgedessen zur Fortsetzung der Arbeit nicht verpflichtet gewesen sei. Der Richter war anderer Ansicht und erlos.

Nach § 124 § 1 der Gewerbeordnung kann der Arbeiter die Arbeit vorzeitig niederlegen, wenn ihm der Arbeitgeber den „schuldigen Lohn nicht in der bebungenen Weise auszahlt.“ Es handelt sich aber nicht um Lohn, sondern um die Leistung des Werklohn — Lohn, auch war der Preis nicht schon bebungen; der Stückpreis stand noch gar nicht fest; es handelte sich um eine völlig neue Quotum, die bis dahin noch nicht gearbeitet worden war; auch lag nur ein vorläufiges Gebot vor, endgültige Vereinbarung sollte erst nach der Fertigstellung und forderte Erstattung des ihr durch vorzeitige Auflösung des Arbeitsverhältnisses entstandenen Schadens, den sie auf über 250 Mark oder 770 Mark für 41 verlorene Stunden berechnete.

Die Beklagte wollte dagegen ein, daß sie bei dem ihr gebotenen Stückpreis den bisher erzielten Durchschnittslohn nicht hätte erreichen können und infolgedessen zur Fortsetzung der Arbeit nicht verpflichtet gewesen sei. Der Richter war anderer Ansicht und erlos.

Nach § 124 § 1 der Gewerbeordnung kann der Arbeiter die Arbeit vorzeitig niederlegen, wenn ihm der Arbeitgeber den „schuldigen Lohn nicht in der bebungenen Weise auszahlt.“ Es handelt sich aber nicht um Lohn, sondern um die Leistung des Werklohn — Lohn, auch war der Preis nicht schon bebungen; der Stückpreis stand noch gar nicht fest; es handelte sich um eine völlig neue Quotum, die bis dahin noch nicht gearbeitet worden war; auch lag nur ein vorläufiges Gebot vor, endgültige Vereinbarung sollte erst nach der Fertigstellung und forderte Erstattung des ihr durch vorzeitige Auflösung des Arbeitsverhältnisses entstandenen Schadens, den sie auf über 250 Mark oder 770 Mark für 41 verlorene Stunden berechnete.

setzung einer „angenehmen Entschädigung“ auf, als die es 20 Mark für genügend erachtete. Deshalb lautete das Urteil auf Bezahlung einer Entschädigung in der Höhe von 100 Mark.

### Konventionalliste.

Die Firma Joseph M. (Namenntitel) ludte vor einiger Zeit ein junges Mädchen von eleganter Figur als Probierdame. Es wurde nicht nur an anderen Orten Frankfurt a. M. Das sich der erwiderten fürderlichen Vorzüge erwehte. Es kam ein Engagement zustande, wonach die junge Dame 120 Mark Monatsgehalt beziehen sollte; die Kündigungsschritt sollte 14 Tage betragen. Ziele Vereinbarung wurde schriftlich festgelegt mit dem Inhaber. Es ist die Stellung nicht angetreten aber sie vorzeitig verließen, dann habe ich 100 Mark Konventionalliste an die Firma Joseph M. zu zahlen. Der Eintritt der Stellung sollte erst drei Wochen später erfolgen.

Obwohl hierauf besonders aufmerksam gemacht, sandte Fräulein M. schon in der nächsten Stunde einen einseitigen Kündigungsbrief an die Firma, worin sie mitteilte, daß sie die Stellung nicht antreten würde, da sie noch eine bessere gefunden und angenommen habe, die sie sofort antreten könne. Damit war die Firma nicht einverstanden; sie klagte auf Erfüllung des Vertrages.

Die Beklagte wolle ein, daß sie ein armes Mädchen sei und ihre Eltern unterstützen müsse; da könne man es ihr nicht verdenken, daß sie die im 5. März befriedete Stellung annähme. Das Gericht mußte jedoch aus formalen Gründen zu einer Erfüllung gelangen, denn es lag ein rechtskräftig geschlossener Vertrag vor. Der Vorliegende sprach aber ausdrücklich das Bewahren des Gerichts aus mit den Worten: „Es tut mir leid, daß du zu arbeiten müßtest, aber es bleibt uns über nichts anderes übrig.“ Einer der Beisitzer gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß bezügliche Verträge die zur Zahlung einer Konventionalliste verpflichten, leider oft als „Verfallsstrafe“ in Betracht kommen. Es hätte wohl auch in diesem Falle die Klage für die Beklagte nicht bekommen können, so daß dieser unangenehme Streitfall das Gewerbegericht gar nicht erst hätte beschäftigen müssen.

## Lokales

### Der Rote Adlerorden unter dem Badochen.

Eine Erinnerung an die Dienstzeit König Carol I. von Rumänien in preussischen Diensten wack die Aufhebung eines Roten Adlerordens durch Kaiser Wilhelm II. Der Kaiser hatte im Jahre 1881 den Rote Adlerorden gestiftet, um die Verdienste der rumänischen Soldaten zu ehren, die in preussischen Diensten standen. Der Kaiser hatte im Jahre 1881 den Rote Adlerorden gestiftet, um die Verdienste der rumänischen Soldaten zu ehren, die in preussischen Diensten standen.

Als der jetzige König Carol I. von Rumänien nach Prinz von Hohenzollern-Ernstingen war, trat er nach seiner Unterzeichnung des Badochenen Vertrags in preussische Dienste. Der Kaiser hatte im Jahre 1881 den Rote Adlerorden gestiftet, um die Verdienste der rumänischen Soldaten zu ehren, die in preussischen Diensten standen. Der Kaiser hatte im Jahre 1881 den Rote Adlerorden gestiftet, um die Verdienste der rumänischen Soldaten zu ehren, die in preussischen Diensten standen.

Mitte April dieses Jahres sollte das Haus in der Alten Jakobstraße umgebaut werden. Als die Maurer vor einigen Tagen in der Wohnung in der ersten Etage den Boden abtriften, fiel zwischen der Fliesenwand des Hofes und der Mauer ein Stein aus. Der Stein fiel auf den Kopf eines Mannes, der sich gerade in der Wohnung befand. Der Mann wurde schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die Ursache des Unfalls wurde untersucht, und es wurde festgestellt, daß die Fliesenwand nicht richtig verankert war.

Stadtvorordnetenwahl in Schönberg. Im Herbst finden in Schönberg größere Neuwahlen zum Stadtvorordnetenkollegium statt. Die Wahlen beginnen bereits jetzt mit den Wahlen der Stadtvorordnetenwahl. Die Stadtvorordnetenwahl wird am 1. Oktober stattfinden. Die Stadtvorordnetenwahl wird am 1. Oktober stattfinden.

Brandstiftung in der Adolfsallee. In der letzten Nacht hatte die Feuerwehrein mehrere Stunden in der Adolfsallee 49 zu tun, wo auf dem Gelände der Maschinenfabrik ein Feuer ausgebrochen war. Die Ursache des Feuers wurde untersucht, und es wurde festgestellt, daß die Ursache ein Defekt an einer elektrischen Leitung war.

Feine Mitteilungen. Wie uns ein Telegramm aus Wien meldet, hat der Kaiser Franz Josef die seit dem Tode des Erzherzogs Rainer innegehaltene Stelle eines Kurators der Akademie der Wissenschaften in Wien dem Erzherzog Franz Ferdinand übertragen.

Das Tagebuch des Kapitän Scott. Der Herausgeber von „Overhalls Magazine“, Mr. White, war dieser Tage in London, um Auszüge aus dem Tagebuch des Kapitän Scott zu machen, die mit etwa 60 Photographien zuerst in der amerikanischen Zeitschrift veröffentlicht werden sollen. Das gesamte Tagebuch wird gegenwärtig von Lady Scott und Commodore Evans bearbeitet, während die Herausgabe Leonard Huxley übernommen hat. Das Tagebuch des unglücklichen Polarforschers besteht, wie White mitteilt, aus zehn großen Bänden, die mit Bleistift geschrieben sind. Es ist ausgedehnt erhalten und zeigt seine Spuren davon, daß es neun Monate lang nach dem Tode des Forschers in den von ihm besuchten Gebieten der Antarktis verweilt hat. Die ersten fünf Bände liegen bei der britischen Regierung in der ersten Etage des Admiralty Buildings. Die drei letzten Bände enthalten die Schilderung des Vorfalls zu dem Zeitpunkt, als Scott mit seinen Begleitern in der Antarktis verstarb.

Die Wahlen in der Adolfsallee. In der letzten Nacht hatte die Feuerwehrein mehrere Stunden in der Adolfsallee 49 zu tun, wo auf dem Gelände der Maschinenfabrik ein Feuer ausgebrochen war. Die Ursache des Feuers wurde untersucht, und es wurde festgestellt, daß die Ursache ein Defekt an einer elektrischen Leitung war.

Die Wahlen in der Adolfsallee. In der letzten Nacht hatte die Feuerwehrein mehrere Stunden in der Adolfsallee 49 zu tun, wo auf dem Gelände der Maschinenfabrik ein Feuer ausgebrochen war. Die Ursache des Feuers wurde untersucht, und es wurde festgestellt, daß die Ursache ein Defekt an einer elektrischen Leitung war.

Die Wahlen in der Adolfsallee. In der letzten Nacht hatte die Feuerwehrein mehrere Stunden in der Adolfsallee 49 zu tun, wo auf dem Gelände der Maschinenfabrik ein Feuer ausgebrochen war. Die Ursache des Feuers wurde untersucht, und es wurde festgestellt, daß die Ursache ein Defekt an einer elektrischen Leitung war.

Die Wahlen in der Adolfsallee. In der letzten Nacht hatte die Feuerwehrein mehrere Stunden in der Adolfsallee 49 zu tun, wo auf dem Gelände der Maschinenfabrik ein Feuer ausgebrochen war. Die Ursache des Feuers wurde untersucht, und es wurde festgestellt, daß die Ursache ein Defekt an einer elektrischen Leitung war.

Die Wahlen in der Adolfsallee. In der letzten Nacht hatte die Feuerwehrein mehrere Stunden in der Adolfsallee 49 zu tun, wo auf dem Gelände der Maschinenfabrik ein Feuer ausgebrochen war. Die Ursache des Feuers wurde untersucht, und es wurde festgestellt, daß die Ursache ein Defekt an einer elektrischen Leitung war.

Die Wahlen in der Adolfsallee. In der letzten Nacht hatte die Feuerwehrein mehrere Stunden in der Adolfsallee 49 zu tun, wo auf dem Gelände der Maschinenfabrik ein Feuer ausgebrochen war. Die Ursache des Feuers wurde untersucht, und es wurde festgestellt, daß die Ursache ein Defekt an einer elektrischen Leitung war.

Die Wahlen in der Adolfsallee. In der letzten Nacht hatte die Feuerwehrein mehrere Stunden in der Adolfsallee 49 zu tun, wo auf dem Gelände der Maschinenfabrik ein Feuer ausgebrochen war. Die Ursache des Feuers wurde untersucht, und es wurde festgestellt, daß die Ursache ein Defekt an einer elektrischen Leitung war.

Die Wahlen in der Adolfsallee. In der letzten Nacht hatte die Feuerwehrein mehrere Stunden in der Adolfsallee 49 zu tun, wo auf dem Gelände der Maschinenfabrik ein Feuer ausgebrochen war. Die Ursache des Feuers wurde untersucht, und es wurde festgestellt, daß die Ursache ein Defekt an einer elektrischen Leitung war.

Die Wahlen in der Adolfsallee. In der letzten Nacht hatte die Feuerwehrein mehrere Stunden in der Adolfsallee 49 zu tun, wo auf dem Gelände der Maschinenfabrik ein Feuer ausgebrochen war. Die Ursache des Feuers wurde untersucht, und es wurde festgestellt, daß die Ursache ein Defekt an einer elektrischen Leitung war.

Die Wahlen in der Adolfsallee. In der letzten Nacht hatte die Feuerwehrein mehrere Stunden in der Adolfsallee 49 zu tun, wo auf dem Gelände der Maschinenfabrik ein Feuer ausgebrochen war. Die Ursache des Feuers wurde untersucht, und es wurde festgestellt, daß die Ursache ein Defekt an einer elektrischen Leitung war.



